

Thesen und Erklärungen zu Schlussfolgerungen aus der Geschichte der Friedensbewegung bis 1933 für heute

Bei einem Arbeitsgruppentreffen von *Lebenshaus Schwäbische Alb e.V.* am 14.06.2024 stellte Michael Schmid die Geschichte der Friedensbewegung vom Ende des 19. Jahrhunderts bis zum Ende der Weimarer Republik mit ihren pazifistischen, anarchistischen und sozialistischen Strömungen vor: 1. bürgerlicher Pazifismus (Bertha von Suttner, Otto Umfrid), 2. anarchistischer Antimilitarismus / radikaler Pazifismus (Pierre Ramus), 3. sozialistischer Antimilitarismus (Rosa Luxemburg). Das Vortragsmanuskript kann hier nachgelesen werden: <https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/015153.html> .

Am 12.07.2024 ging es bei einem weiteren Treffen um „Schlussfolgerungen aus der Geschichte der Friedensbewegung bis 1933 für heute“. Hierzu trug Michael Schmid nachfolgende neun Thesen vor.

Von Michael Schmid

1. In der Friedensbewegung bis 1933 lassen sich (mindestens) drei Strömungen identifizieren: bürgerlicher Pazifismus, anarchistischer Antimilitarismus bzw. radikaler Pazifismus und sozialistischer Antimilitarismus.

Der **bürgerliche Pazifismus** der Deutschen Friedensgesellschaft und der Friedensgesellschaften in anderen Ländern setzte sich für eine friedliche Beilegung von Streitigkeiten auf der Grundlage von Schiedsverträgen und Völkerrecht ein, so dass Konflikte zwischen den Staaten durch völkerrechtliche Schlichtung und mit Hilfe unabhängiger Gerichtshöfe befriedet werden sollten. Logische Folge daraus sollte ein Einhalt der Rüstungen, wenn nicht sogar Abrüstung sein.

Der **anarchistische Antimilitarismus** kritisierte nicht in erster Linie bestimmte Militarismen oder militärische Phänomene, sondern sah im Staat selber die entscheidende Kriegsursache, weil der Staat nicht existiert, „wenn er nicht nach Außen, wie nach Innen hin eine Gewalt repräsentiert.“ (Pierre Ramus). Entsprechend wurde zur Verweigerung, zum Streik und schließlich zur gewaltfreien Revolution gegen den Krieg aufgerufen.

Im Unterschied zur anarchistischen antimilitaristischen Strömung sah die des **sozialistischen Antimilitarismus** den Kapitalismus als Ursache von Krieg und Unfrieden an. Entsprechend der marxistischen Geschichtstheorie hören Kriege auf, wenn der Sozialismus den Kapitalismus abgelöst hat. Aus dieser Perspektive wurde zwar das Heer des bürgerlichen Staates als Instrument imperialistischer Expansionspolitik und repressiver Klassenorganisation attackiert, aber Miliz-Konzepte für den kommenden sozialistischen Volksstaat befürwortet.

Von **der** Friedensbewegung vor 1933 zu reden, ist nur sehr begrenzt richtig. Denn aufgrund ihrer unterschiedlichen Ansätze und ihrer verschiedenen sozialen Verankerung schenkte z.B. die Sozialdemokratie der bürgerlichen Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg wenig Beachtung. Nach dem Krieg gab es bei einzelnen Aktionen eine Kooperation zwischen unterschiedlichen Strömungen, die aber auch wieder aufgegeben wurde.

2. Keine der genannten drei Strömungen der Friedensbewegung bis 1933 hat eine wirkliche Massenbasis entwickeln können, ebenso wenig spätere Friedensbewegungen in der (bundes-)deutschen Geschichte.

Es gab einzelne Höhepunkte mit Hunderttausenden, die mobilisiert werden konnten, aber letztlich ist die Friedensbewegung immer in der Position einer kleinen Minderheit geblieben. Das war auch seit 1945 so, mit teilweise anschwellender Beteiligung - im Kampf gegen die Wiederbewaffnung, der Kampagne „Kampf dem Atomtod“, der Ostermarschbewegung, der Friedensbewegung gegen die Stationierung neuer atomarer Massenvernichtungsmittel in der 80er Jahren und dem Protest gegen den Irak-Krieg 2003 – und anschließender schrumpfender Beteiligung.

3. Friedensbewegung wurde zu allen Zeiten bekämpft - vor, während und nach dem Ersten Weltkrieg, in der NS-Diktatur, in der Bundesrepublik in allen Phasen ebenfalls.

Die Formen und die Heftigkeit in der das geschah, unterscheiden sich zum Teil schon je nach Regierungsform. So gab es ermordete Friedensaktivistinnen und Friedensaktivisten in der Weimarer Republik, in der NS-Diktatur und – wenn auch nur in ganz wenigen Fällen – in der Bundesrepublik. Tote waren nur die extremste Auswirkung der vielfältigen Mittel und Methoden der Bekämpfung. Richard Barkeley schreibt über die deutsche Friedensbewegung vor dem Ersten Weltkrieg: „Pazifist im kaiserlichen Deutschland sein, das hieß, sich selbst von allem auszuschließen, sich selbst zum Paria erklären. Niemand, der irgendwie im öffentlichen Leben weiterkommen wollte, konnte Pazifist sein. Wenn Friedensfreunde im kaiserlichen Deutschland auch nicht ermordet wurden – so wie später – in der Republik -, es bedeutete doch gesellschaftlichen und bürgerlichen Tod, sich dieser Bewegung anzuschließen.“ Sicherlich in unterschiedlich ausgeprägten, teilweise gemäßigten Formen, galt das auch später und gilt bis heute.

4. Die Ausrichtung der Friedensbewegung in den vergangenen Jahrzehnten ähnelt einigermaßen dem bürgerlichen Pazifismus von vor dem Ersten Weltkrieg, indem sie ihren Protest zumeist an die Regierung adressiert. Antimilitaristische Stimmen und gewaltfreie Aktionen, die es in der jeweiligen Friedensbewegung gab, blieben immer in der Minderheit.

Was wurde aus den drei Strömungen in Bezug auf Kriegsverhinderung bzw. Frieden? Lassen sich diese Strömungen heute auch finden? Die Friedensbewegung nach 1945 hat in ihrer Zielsetzung und ihrer Zusammensetzung unterschiedliche Phasen durchlaufen. Im Kampf gegen die Wiederbewaffnung haben sich ganz unterschiedliche Kräfte engagiert – von nationalistisch orientierten, über die bürgerliche Mitte hin zu linken Parteien und Strömungen. In den anschließenden Jahrzehnten war die Friedensbewegung – soweit man von einer solchen sprechen kann, was nicht durchgehend der Fall ist - klar dem (bürgerlich-)linken politischen Spektrum zuzuordnen oder zumindest war sie davon geprägt. Traditionskommunistische Kräfte spielten auch nach dem KPD-Verbot von 1956 darin häufig eine große und nicht zu unterschätzende Rolle. Kristallisationspunkte bildeten zumeist der Protest gegen bestimmte militärische Projekte: Gegen Wiederbewaffnung, atomare Be-

waffnung Deutschlands, „Nachrüstung“, Irak-Krieg, Rüstungsexporte, etc. und für Verhandlungslösungen zu unterschiedlichen Konfliktlagen. Dieser Protest wird zumeist an die Regierung adressiert. Insofern ähnelt die mehrheitliche Ausrichtung der Friedensbewegung in den vergangenen Jahrzehnten einigermaßen dem bürgerlichen Pazifismus von vor dem Ersten Weltkrieg. Antimilitaristische Stimmen und gewaltfreie Aktionen, die es in der jeweiligen Friedensbewegung gab, blieben immer in der Minderheit.

5. Der sozialistische Antimilitarismus sah in der Überwindung des Kapitalismus bzw. der Entwicklung von Sozialismus die Voraussetzung für Frieden. Der heutige entfesselte Kapitalismus macht deutlich, dass er die Menschheit in den Untergang führt, wenn er nicht überwunden wird.

Der sozialistische Antimilitarismus, wie ihn z.B. Rosa Luxemburg vertrat, sah in der Überwindung des Kapitalismus bzw. der Entwicklung von Sozialismus die Voraussetzung für Frieden. Heute, über 100 Jahre später, zeigen sich die Folgen des Kapitalismus noch sehr viel schärfer: Kriege um knapper werdende Ressourcen, postkoloniale Abhängigkeitsstrukturen, globale Ausbeutungsprozesse, starke sozio-ökonomische Ungleichheiten mit globaler, aber auch innergesellschaftlicher Armut, sowie die Klimakatastrophe (siehe hierzu Anhang 1). Angesichts dieser und weiterer gravierender Probleme und Krisen darf der Kapitalismus nicht als alternativlos akzeptiert werden („There ist no alternative“ – Premierministerin Margaret Thatcher). Weil der Kapitalismus die Menschheit in den Untergang führt, braucht es ein Engagement für eine grundsätzliche, revolutionäre Veränderung von Wirtschaft und Gesellschaft, mit der Kapitalismus und Industrialismus überwunden werden. Wir hatten übrigens mal einen Bundespräsidenten, lange ist es her, über 50 Jahre, der diesbezüglich sehr klar sah und dies auch aussprach (siehe Anhang 2).

6. „Sozialisten können Christen, Christen müssen Sozialisten sein.“

Im Zusammenhang mit einer sozialistischen Perspektive möchte ich einen kleinen Exkurs für Christinnen und Christen bzw. zu dem Theologen auch in der Friedensbewegung engagierten Helmut Gollwitzer (1908-1993) einfügen, von dem die oben genannte These stammt. Gollwitzer hat einen Zusammenhang von christlichem Glauben, theologischem Denken und sozialistischer Theorie und Praxis thematisiert und die unmissverständliche Ansage gemacht: „Das Ziel des Dienstes der Jünger Jesu ist eine sozialistische, klassenlose Gesellschaft. Hinsichtlich dieser Zielvorstellung, die zugleich das Kriterium für die Kritik der bestehenden Gesellschaft gibt, lässt der Wille des Vaters dem Jünger keine Wahl. Er muss Sozialist sein.“ Weil der Kapitalismus die Menschheit in den Untergang führen werde, sei also heute die erste Frage nicht, ob ein Christ Sozialist sein könne oder müsse, sondern ob ein Christ weiterhin Befürworter und Apologet des kapitalistischen Systems sein könne, ob er also nicht brennend interessiert sein müsse an Wegen zur Überwindung dieses Systems und an Alternativen zu ihm. „Die Umkehr, zu der die christliche Gemeinde durch Gottes Wort täglich gerufen wird, umfaßt auch die Abkehr von ihrer Einbindung in das herrschende Privilegiensystem und ihren tätigen Einsatz für gerechtere ... Gesellschaftsstrukturen“, so Gollwitzer. Menschen, die sozialistisch denken und handeln, glauben laut Gollwitzer an eine bessere Welt. Sie halten daran fest, dass ein lebenswertes Zusammenleben tatsächlich möglich ist. Gollwitzer hält fest: „Ein Sozialist hält eine bes-

sere Gesellschaft, als es die gegenwärtige ist, für möglich und nötig.“ Die heutigen ökonomischen Krisen und der geradezu katastrophenhafte Verlauf der Globalisierung sowie der Klimawandel zeigen, dass der Aufruf Gollwitzers an Christinnen und Christen, sich politisch zu engagieren, aktueller denn je ist.

Gollwitzer, Heinemann, Martin Niemöller, Heinrich Albertz, Dorothee Sölle, Jörg Zink, etc.: sie verstanden ihr Christsein so, dass sie sich in die Bewegungen gegen den Tod sowie die Todesstrukturen einbrachten und für das Leben kämpften, sich also in entsprechenden sozialen Bewegungen engagierten. Für mich sind das große Vorbilder und wirken auch lange nach ihrem Tod immer noch ermutigend gegen die Resignation. Leider sind heute in den Kirchen solche Christinnen und Christen fast nur mit der Lupe zu finden. Margot Käßmann und Paul Schobel fallen mir ein, und Eugen Drewermann, aber der ist 2005 aus der römisch-kath. Kirche ausgetreten. Dabei bräuchte es angesichts der multiplen Krisen dringend ein „revolutionäres Christentum“, das sich entsprechend der biblischen Befreiungserzählung für die Befreiung der Welt einsetzt.

7. Auf Parteien und deren Umfeldorganisationen ist friedenspolitisch kein Verlass. Zumindest soweit sie eine Regierungsbeteiligung innehaben oder anstreben, verhalten sie sich zumeist opportunistisch.

Das hat sich z.B. an der SPD und den Gewerkschaften mit ihrer „Burgfriedenspolitik“ und der Zustimmung zu den Kriegskrediten beim 1. Weltkrieg gezeigt, ebenfalls bei SPD und Gewerkschaften in den 1950er Jahren mit der Beendigung der Kampagne „Kampf dem Atomtod“, das zeigt sich heute bei Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und auch Die Linke. Es war 1960 beim ersten deutschen Ostermarsch, bei dem auf die strikte Unabhängigkeit von Großorganisationen geachtet wurde und „von oben nach unten“ verordnete und durchgeführte Kundgebungen abgelehnt wurden. Das war das Ergebnis eines schmerzhaften, aber wichtigen Lernprozesses. Die in den folgenden Jahren entstandene Ostermarschkampagne (1960-1969) war eine erste wichtige Basisbewegung, weil ihr Protest erstmals außerhalb und teilweise gegen die etablierten Großorganisationen zustande kam („Vom Ostermarsch zur APO“). Dass es richtig ist, an einer solchen Basisorientierung festzuhalten, zeigt insbesondere die Entwicklung der Grünen, die ja zu einem nicht unerheblichen Teil der Friedens- und Ökologiebewegung entstammte – und letztlich diesen „neuen sozialen Bewegungen“ mit ihrer Parteiwerdung schadete. Erforderlich sind außerparlamentarische soziale Bewegungen, die „Macht von unten“ entwickeln.

8. Was heute angesichts der multiplen Krisen notwendig wäre, wären Bündnisse von Menschen und Organisationen, welche die soziale Frage, Friedensfrage und ökologische Fragen zusammen thematisieren und mit ihrem Handeln möglichst auf die Überwindung des Kapitalismus zielen.

Während sich der bürgerliche Pazifismus vor 1933 nahezu ausschließlich auf die Frage der Kriegsverhütung durch Rechtsetzung konzentrierte, sahen anarchistische und sozialistische Antimilitaristen einen engen Zusammenhang zwischen sozialer Frage und Friedensfrage. Heute ist dringend geboten, die soziale Frage, die Friedensfrage und die ökologische Frage zusammen zu denken. Und entsprechend zu handeln. Wir drücken das mit dem

Teil unseres Vereinsnamens „für soziale Gerechtigkeit, Frieden und Ökologie“ entsprechend aus. Die Grünen hatten ab 1980 diesen Dreiklang zunächst zu ihrem Programm gemacht. Zumindest den Frieden in einem damals gewaltfrei gemeinten Sinn haben sie in einen olivgrünen Pseudo-Frieden verwandelt, und dass sie noch soziale Gerechtigkeit verfolgen, darf bezweifelt werden. Da sie auch ihre ökologischen Ziele als „Green New Deal“ im Rahmen einer kapitalistischen Wachstumsökonomie realisieren wollen, werden sie auch hier den Herausforderungen nicht gerecht. Was heute angesichts der multiplen Krisen notwendig wäre, wären Bündnisse von Menschen und Organisationen, welche die soziale Frage, Friedensfrage und ökologische Fragen zusammen thematisieren und mit ihrem Handeln möglichst auf die Überwindung des Kapitalismus zielten. Diese Bündnisse sehe ich derzeit bei uns allerdings nicht.

9. Die Erinnerung an die Geschichte der Friedensbewegung und der Blick auf engagierte Menschen kann ermutigend wirken. In der heutigen multiplen Krisensituation mit drohender Weltkriegsgefahr und Klimaerhitzung müssen wir auf genügend Zeit für weiteres Engagement hoffen und diese nutzen.

Zwei Weltkriege sind von deutschem Boden ausgegangen. Nach dem glücklichen Ende des Kalten Kriegs 1989 ist Deutschland nun maßgeblich am nächsten Kalten Krieg beteiligt und setzt mit der im Februar 2022 ohne vorherige parlamentarische, geschweige denn breite gesellschaftliche Debatte von Bundeskanzler Scholz verkündeten „Zeitenwende“ auf äußere und innere Militarisierung. So wird die Zeit gewendet, zurück in eine düstere Vergangenheit. War also alles umsonst, dass sich Menschen in den vergangenen 130 Jahren in den Bewegungen für Frieden engagiert haben? Meines Erachtens nicht. Es gab immer wieder größere und kleinere Erfolge. Zudem wird, wer sich auf langfristiges Widerstehen einstellen, wer den langen Atem für sein notwendiges Engagement behalten möchte, wohl nicht umhin kommen, Erfolg nicht zur obersten und einzigen Kategorie bei seinem Handeln zu machen. Es gibt einfach Dinge, die musst Du tun, unabhängig davon, ob sie unmittelbaren Erfolg versprechen oder nicht. Zudem ist der Blick zurück, die Erinnerung, wichtig, weil wir so sehen, dass es immer Menschen gab, die sich nicht ihrer jeweils düsteren Gegenwart unterworfen und dem herrschenden Mainstream angepasst, sondern sich mit der Hoffnung engagiert haben, dass nicht Unrecht und Friedlosigkeit und all das Leid das letzte Wort haben möge. Davon geht ein „Wärmestrom“ für die Utopie einer gerechten und friedvollen Gesellschaft aus, woran auch wir uns wärmen können. Aber ob und wie lange der Menschheit noch Zeit für entsprechendes Engagement bleibt, ist ungewiss.

=====

Anhang 1

Zwei Mails im Verteiler des Versöhnungsbundes (VB-Vernetzung) von Thomas Nauerth, aktiv beim Versöhnungsbund, in seinem „Brotberuf“ Professor der Theologie an der Uni Osnabrück

Mail vom 11.06.2024

Liebe VB Vernetzte,

anbei eine, nun sagen wir mal, recht ungewöhnliche Sicht auf den Krieg in der Ukraine. Kampf um Werte, unsere Freiheit und unsere Demokratie?

Da scheint es ganz andere Ideen zu geben. Was zu solchen Perspektiven wohl die Soldaten sagen, die ihre Haut zu Markte tragen?

/“Die Bedeutung der Ukraine im geopolitischen Wettbewerb hatte am Sonntag der republikanische Senator Lindsey Graham herausgearbeitet. Er sagte in der Sendung „Face The Nation“ von CBS, es sei wichtig, der Ukraine jetzt unter die Arme zu greifen. Die Ukraine verfüge über „zehn bis zwölf Billionen Dollar an kritischen Mineralien“, das Land sitze „auf einer Goldmine“ und könnte „das reichste Land in ganz Europa sein“. Graham sagte: „Wenn wir der Ukraine jetzt helfen, kann sie der beste Geschäftspartner werden, von dem wir je geträumt haben.“ Der einflussreiche Senator weiter: „Ich möchte dieses Geld und diese Vermögenswerte nicht Putin geben, damit er sie mit China teilt.“ Diese zehn bis zwölf Billionen Dollar an kritischen Mineralien könnten von der Ukraine und dem Westen genutzt werden, anstatt an Putin und China gegeben zu werden. Es sei eine entscheidende Frage, wie der Krieg in der Ukraine ende: „Helfen wir ihnen, einen Krieg zu gewinnen, den wir uns nicht leisten können zu verlieren. Lassen Sie uns eine Lösung für diesen Krieg finden. Putin zehn oder zwölf Billionen Dollar für kritische Mineralien zu überlassen, damit er diese mit China teilen wird, ist lächerlich.“/

/Ukraine: Wiederaufbau mit Hindernissen. Die Regierung der USA will mit dem Wiederaufbau bereits während des Krieges beginnen. Doch es gibt Probleme in Kiew. Michael Maier 10.06.2024; <https://www.berliner-zeitung.de/wirtschaft-verantwortung/ukraine-wiederaufbau-mit-hindernissen-li.2223538/>

Zu dieser Nachricht empfiehlt sich als Hintergrundmusik Reinhard Mey, Nein, meine Söhne geb ich nicht.

Pax et Bonum

Thomas

apl. Prof. Dr. theol. Thomas Nauerth

Institut für Katholische Theologie

Universität Osnabrück

tnauerth@uni-osnabrueck.de

www.friedenstheologie.de

www.bibelunddidaktik.uni-osnabrueck.de/

Mail vom 25.06.2024

Liebe VB Vernetzte,

wie eigenartig die Dinge manchmal laufen. Am 11.06. stieß ich auf die Äußerung des republikanischen Senators Lindsey Graham vom Billionenschatz der Ukraine, den man nicht Russen und Chinesen überlassen dürfe. Ich fand das amüsant und bedenklich, nahm das aber nicht wirklich ernst. Dann machte mich Clemens Ronnefeld auf ähnliche Hintergründe aufmerksam, das Stichwort Lithium fiel und ab da fand ich es gar nicht mehr amüsant. Welch bizarrer Zufall, Lithium ist der entscheidende Rohstoff für die Batteriewende, also für die Abkehr vom Verbrenner und die GRÜNEN sind die entscheidenden Waffenfetischisten geworden... Und nun, ein Artikel auf N-TV.de:

<https://www.n-tv.de/politik/Der-Krieg-gegen-die-Ukraine-ist-fuer-Russland-ein-Kampf-um-Rohstoffe-article25032685.html>

Der Artikel sieht den Ukrainekrieg als russischen Rohstoffraubzug, liefert gleichzeitig aber interessante Fakten zu westlichen Interessen: „22 von 30 strategisch wichtigen Rohstoffen, deren Lieferung von der EU als kritisch eingestuft wird, können in großen Mengen in der Ukraine gewonnen werden“.

Jahrzehntelang hat man in der Friedensbewegung davon gesprochen, dass es in Zukunft Ressourcen und Rohstoffkriege geben wird. Und dann stecken wir mitten drin und lassen uns einläuseln von Parolen wie Freiheit, Demokratie, Heimat verteidigen usw. usw. Hatten wir denn erwartet, dass die Herrschenden Rohstoffkriege auch Rohstoffkrieg nennen würden? So kann man die eigenen Soldaten nicht motivieren! Nur für Parolen wie „Freiheit, Demokratie, Heimat verteidigen usw.“ tragen junge Menschen ihre Haut zu Markte: „Ja, auch dich haben sie schon genauso belogen//, so wie sie es mit uns heute immer noch tun,//und du hast ihnen alles gegeben://deine Kraft, deine Jugend, dein Leben“ /

Werde ab heute das Wort „Lithiumkrieg“ häufiger verwenden, es dürfte irritieren und provozieren. Aber wer weiß schon, was spätere Historiker über die wahren Gründe dieses Krieges schreiben werden.

Pax et Bonum
Thomas

PS Ein bisschen googeln nach Lithium und Ukraine ist übrigens sehr erhellend...

Anhang 2

Gustav Heinemann, Bundespräsident von 1969 bis 1974, sagte im Mai 1972:

„Wir sind im Begriff, im kommenden Jahrhundert, also nicht irgendwann, sondern in 40 oder 50 Jahren, in eine Weltkatastrophe hineinzutaumeln, wenn wir nicht bereit sind, jetzt und heute eine völlige Revolution im wirtschaftlichen und technischen Denken und Planen einzuleiten. Es geht um nichts Geringeres, als radikal mit Wertmaßstäben zu brechen, die spätestens seit der Industrialisierung allzu uneingeschränkt den wirtschaftlichen und technischen

Ablauf bestimmt haben. Wenn wir fortfahren, alle Planungen und Entwicklungen nur unter dem Gesichtspunkt gegenwärtiger Wirtschaftlichkeit zu prüfen, werden Umweltschäden und Erschöpfung der Natur zur tödliche Bedrohung für unsere Kinder und Enkel auswachsen. Jetzt und hier gilt es daher, Alarm zu schlagen, damit niemand den Ernst der Lage verkennt. Wer weiß, wie schwer es ist, Denkweisen und Wertvorstellungen zu ändern, vor allem dann, wenn diese in enger Beziehung zum geheiligten Gewinn und dem allgemeinen Wohlstand stehen, wird sich klar sein, was hier in verhältnismäßig kurzer Zeit bewältigt werden muss.“